GP Diskussionsrunde

Deutschlands globale Verant-wortung

Eine Zwischenbilanz der Mitglied-schaft im UN-Sicherheitsrat

Follow-Up

August 2019

Eine Veranstaltung der Global Perspectives Initiative und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

GPI

DGVN

Sprecherinnen und Sprecher

Ralph Achenbach, Geschäftsführer und Landesdirektor International Rescue Committee
Dr. Franziska Brantner, MdB und Parlamentarische Geschäftsführerin Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Christoph Heusgen, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen
Prof. Dr. Johannes Varwick, Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Moderation

Elisabeth Niejahr, Chefreporterin der WirtschaftsWoche

Partner

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Global Perspectives Initiative (GPI)

Die Global Perspectives Initiative unterstützt die Nachhaltigkeitsziele der UN, die die Welt bis zum Jahr 2030 sicherer und gerechter machen sollen. GPI bringt Akteure aus Politik, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft zusammen, diskutiert Ansätze für eine nachhaltige globale Entwicklung und motiviert zum Handeln.

Als gemeinnützige und neutrale Plattform gibt die Initiative neue Impulse, sensibilisiert für Chancen und Herausforderungen einer globalen Gesellschaft und gestaltet so den öffentlichen Diskurs in Deutschland.

GP Diskussionsrunde

Deutschlands globale Verantwortung

Eine Zwischenbilanz der Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat

HINTERGRUND

Frauen sind überproportional von Gewalt in bewaffneten Konflikten betroffen. So wird sexualisierte Gewalt gezielt und systematisch gegen Frauen als Kriegswaffe eingesetzt, aber kaum geahndet. Gleichzeitig sind Frauen selten in Friedensprozesse eingebunden, obwohl Frieden nachweislich länger anhält, wenn Frauen an den Verhandlungen dazu beteiligt waren.

Die Rolle von Frauen in Konflikten und bei der Friedenssicherung ist ein zentrales Thema der nichtständigen Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und bildete den inhaltlichen Schwerpunkt der Bundesregierung während des turnusgemäßen Vorsitzes des höchsten UN-Gremiums im April 2019.

Deutschland ist seit Januar 2019 für zwei Jahre nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat

Nach langen Verhandlungen hat der Sicherheitsrat am 23. April die von Deutschland eingebrachte Resolution 2467 zum Schutz vor sexueller und geschlechterbasierter Gewalt in Konflikten verabschiedet. Durch diese Initiative bekräftigte die Bundesregierung die Bedeutung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit" als ein Kernanliegen Deutschlands bei den Vereinten Nationen. Seither werden die Umsetzung und die politischen Konsequenzen von Resolution 2467 intensiv diskutiert.

ZUSAMMENFASSUNG

Bereits bei der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz unterstrich Christoph Heusgen, Deutschlands Ständiger Vertreter bei der UN, die besondere Rolle von Frauen bei der Friedenssicherung.

Dieses Argument festigte Botschafter Heusgen während der Diskussionsrunde. Sein Credo lautete: Um bewaffnete Konflikte dauerhaft zu lösen und ihnen vorbeugend entgegenzutreten, müssen Frauen besser vor Gewalt geschützt und in Friedensprozesse eingebunden werden. Dafür bedarf es ein Umdenken im UN-Sicherheitsrat hin zu einem breiteren Verständnis von Sicherheitspolitik, das sexuelle Gewalt als eine zentrale internationale Herausforderung anerkennt. Während sich Franziska Brantner und

Sexuelle Gewalt in Konflikten als zentrale sicherheitspolitische Herausforderung

Ralph Achenbach dieser Forderung anschlossen, warb Prof. Varwick dafür, dass sich der Sicherheitsrat auf grundsätzlichere Bedrohungen des Weltfriedens konzentrieren müsse. Der Einbezug von Themen wie sexueller Gewalt würde zu einer Überlastung des Sicherheitsrates und somit zu seiner Handlungsunfähigkeit führen.

Franziska Brantner setzte sich in der Diskussionsrunde intensiv für die sexuelle Selbstbestimmung der Frau ein und bedauerte, dass reproduktive Gesundheit durch den Gegenwind der USA nur in abgeschwächter Form in Resolution 2467 vorkommt. Für sie sei die Resolution daher ein klarer Rückschritt im Vergleich zu vorherigen Beschlüssen des Sicherheitsrates. Dieser Ansicht stimmte Ralph Achenbach zu und forderte von der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zu feministischer Außenpolitik. Deutschland müsse eine mutige und starke Gegenstimme innerhalb des Sicherheitsrates sein, so Achenbach, und sich entschlossen für reproduktive Rechte einsetzen.

Sexuelle und reproduktive Rechte sind ein Kernelement der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit"

Botschafter Heusgen zeigte Verständnis für die Kritik daran, dass sexuelle und reproduktive Rechte nicht wie von der Bundesregierung erhofft Einzug in den Resolutionstext fanden. Er hob allerdings hervor, dass durch Resolution 2467 sexuelle Gewalt erstmals als Kriegswaffe anerkannt wurde, was die ausdrückliche Unterstützung der Friedensnobelpreisträger Nadia Murad und Denis Mukwege erfuhr. Das allein sei ein großer Schritt in die richtige Richtung für die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit".

Neben der inhaltlichen Ausgestaltung der Resolution kritisierte Achenbach weiterhin, dass keine ausreichende Finanzierung zu ihrer Umsetzung zur Verfügung stünde. So zeigte eine kürzlich veröffentlichte Studie des International Rescue Committee, dass bisher nur 0,1% der humanitären Hilfe für den Einsatz gegen geschlechterbasierte Gewalt ausgegeben werden.

Finanzielle Mittel zur Umsetzung von Resolution 2467 erhöhen

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt der Diskussionsrunde waren die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels. Brantner argumentierte, dass Deutschland seine verbleibende Zeit im Sicherheitsrat nutzen müsse, um hier deutliche inhaltliche Akzente zu setzen. Ralph Achenbach stimmte dem zu und betonte, dass es beispielsweise in der Sahelzone bereits klimabedingte Konflikte gebe, auf die der Sicherheitsrat reagieren muss. Nur so könne der Rat der Mächtigen seinen Anspruch als Wahrer des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gerecht werden.

KERNBOTSCHAFTEN DER DISKUSSIONSRUNDE

Sexuelle Gewalt als sicherheitspolitische Herausforderung anerkennen

Die internationale Sicherheitspolitik muss sich neuen Herausforderungen stellen. Sexuelle Gewalt ist eine systematisch eingesetzte Kriegswaffe, die nicht nur Individuen, sondern ganze Gesellschaften zerstört. Deutschland muss daher eine Vorreiterrolle einnehmen und sexuelle Gewalt als eigenständige sicherheitspolitische Priorität behandeln.

Den Worten Taten folgen lassen

Deutschland hat durch die Verabschiedung von Resolution 2467 erreicht, den Schutz von Frauen und Mädchen in Konfliktgebieten sowie ihre Förderung als Friedensstifterinnen auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates zu bringen. Nun gilt es für die Bundesregierung, durch konkrete Maßnahmen, Projekte und Partnerschaften, die Ziele der Resolution konsequent umzusetzen und Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Finanzierungslücke schließen

In der Implementierung von Resolution 2467 klafft eine riesige Finanzierungslücke. Deutschland muss sich an die Zusagen der Oslo-Konferenz halten und zusätzliche finanzielle Mittel in ausreichender Höhe bereitstellen, um die Ziele der Resolution zu erreichen.

Sexuelle Selbstbestimmung stärken

Reproduktive Gesundheit und körperliche Selbstbestimmung sind zentrale Bestandteile der Frauen, Frieden und Sicherheits-Agenda. Die Bundesregierung muss die aktuelle Dynamik für den Kampf gegen sexuelle Gewalt nutzen und sich auf internationaler Bühne für reproduktive und sexuelle Gesundheit stark machen.

Stärkere Partnerschaften und europäische Lösungen

Nur gemeinsam können nachhaltige Fortschritte erzielt werden. Deutschland muss zusammen mit starken Partnern ein größeres Bewusstsein für gemeinsame Interessen entwickeln und entschlossen handeln. Multilaterale Strukturen und Institutionen bleiben der beste Ort, um wirkungsvolle Lösungen für die Benachteiligung von Frauen und Mädchen zu finden.

Herausgeber

Global Perspectives Initiative
gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)
Schönhauser Allee 10/11
10119 Berlin

office@globalperspectives.org
Telefon: +49 (0)30 726 26 75 30
Fax: +49 (0)30 726 26 75 20

Autor

Daniel Wegner
d.wegner@globalperspectives.org

Projektmanagement

Daniel Wegner
d.wegner@globalperspectives.org

Pressekontakt

Nadine Bütow
n.buetow@globalperspectives.org

© August 2019, GPI